

Kompass für eine gerechte Gesellschaft



Hintergrund

Die Corona-Pandemie hat gesellschaftliche Probleme und Schief lagen verdeutlicht, die bereits vor der Krise vorhanden waren. Ungleichheiten haben sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft: Während einige von jeder Krise neu getroffen werden, kommen andere immer glimpflich davon oder profitieren sogar. Wir jungen Menschen schlittern von einer Krise in die nächste, sei es die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise bis hin zur Klimakrise oder nun aktuell die Coronakrise. Wir wollen raus aus dem Krisenmodus!

Darum fordern wir als BJV jetzt Lösungen für eine krisenfeste, gerechte Gesellschaft, die niemanden zurücklässt und an der alle teilhaben können. Und zwar wirklich alle, nicht nur die, die eine laute Stimme haben. Wir wollen nicht zum Status Quo zurück, sondern eine Gesellschaft, die Möglichkeiten für alle bietet, unabhängig von Bildungsgrad, Herkunft, Geschlecht oder Religion. Eine gerechte Gesellschaft für alle ist keine Utopie, sondern möglich, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten.

Wir bestimmen unsere Zukunft mit. Mit diesem Kompass zeigen wir notwendige Schritte in fünf großen Themenbereichen auf, die es auf dem Weg zur gerechten Gesellschaft braucht. Die angeführten Maßnahmen tragen aus Sicht der BJV zudem zur Erreichung der Youth Goals (YGs) und Sustainable Development Goals (SDGs) bei, die dem Kompass beigelegt sind und den jeweiligen Forderungen zugeordnet sind.

Themenbereiche:

Solidarität und Zusammenhalt
Bildung und Arbeitsmarkt
Verteilungsgerechtigkeit
Klima
Gesundheit



Solidarität und Zusammenhalt

In der jüngeren Vergangenheit haben wir ein politisches Klima erlebt, das von Spaltung und Rassismus geprägt war. Immer wieder wurden gezielt Gruppen unserer Gesellschaft angegriffen und Scheindebatten geführt, um von wahren Problemlagen abzulenken. Eine starke und krisenfeste Gesellschaft basiert für uns auf Inklusion und Partizipation. Statt Schuldzuweisungen brauchen benachteiligte Gruppen entsprechende Stärkung und Schutz in Krisensituationen. Gerade Menschen, die im Alltag oft diskriminiert und in ihrer Leistung nicht wertgeschätzt werden (z.B. Pflegekräfte), sind die SystemerhalterInnen unserer Gesellschaft. Wir wollen Solidarität unter den Menschen in Österreich und über die Grenzen hinaus. Der Staat muss die Rahmenbedingungen für Chancengerechtigkeit schaffen.

Wir wollen eine Gesellschaft für alle, nicht nur für die, denen ohnehin alle Türen offen stehen.

Die BJV fordert:

- **Gezielte Sofortmaßnahmen für Frauen, Kinder und Jugendliche, die von häuslicher Gewalt betroffen sind:** Deutliche Stärkung der Mittel und Kapazitäten von Frauenhäusern und Initiativen gegen häusliche Gewalt. Ausbau und ausreichende Finanzierung der **Frauenhelplines und Bereitstellung von mindestens einem 24-Stunden-Notruf in jedem Bundesland**. Wirksamer Ausbau von Angeboten zur Familienberatung und Kinderschutzzentren, wie im Regierungsprogramm¹ angekündigt. Dies kommt sowohl Frauen als auch Kindern und Jugendlichen zu Gute, ganz besonders auch für den Fall, dass es wieder zu (regionalen) Lockdowns kommen sollte. [YG #2, SDG #5]
- **Keine Indexierung von Sozialleistungen:** Sowohl die Familienbeihilfe als auch andere Sozialleistungen (bspw. der während der Coronakrise einmalig ausgezahlte Kinderbonus) dürfen nicht indexiert werden. Wer in Österreich arbeitet und Steuern zahlt, soll auch die gleichen Sozialleistungen erhalten wie alle anderen. [YG #3, #7; SDG #1, 10]
- **Gegen die Isolation von Asylwerbenden:** Sowohl Erstaufnahmezentren als auch Grundversorgungseinrichtungen sollen qualitativ eingerichtet und betreut werden. Große Unterkünfte sollen durch kleine Unterkünfte mit guter öffentlicher und infrastruktureller Anbindung ersetzt werden. Die Zeit in der Bundesbetreuung soll so kurz wie möglich gehalten werden. Es soll genügend (Rückzugs-)Raum und Angebote für Spracherwerb, psychologische Betreuung usw. geben. Außerdem muss gewährleistet werden, dass Personen, die COVID-19 positiv sind, genug Ruhe und Platz für die Quarantäne haben. Bei minderjährigen Asylsuchenden (begleitet und unbegleitet) braucht es eine kindgerechte Unterbringung, was unter anderem

¹ siehe Regierungsprogramm 2020-2024, S. 273, S. 283f

eine Tagsatzangleichung und Klärung der Obsorge (im Idealfall Kinder und Jugendhilfe ab Tag 1) im Zulassungsverfahren bedeutet. [YG #3, SDG #10]

- **Flüchtlinge aus überfüllten Massenlagern in Griechenland holen:** Aktuell sollen mindestens 200 Geflüchtete aus den überfüllten Flüchtlingslagern in der Ägäis geholt werden. Die Plätze können laut Angaben von Flüchtlingsorganisationen problemlos geschaffen werden. Traumatisierte Menschen können so professionell bei Spracherwerb, Schule und Berufsausbildung und einem fairen Asylverfahren unterstützt werden. Zudem soll sich die österreichische Bundesregierung auf EU-Ebene für die Schließung der Lager einsetzen. [YG #3, #5; SDG #3, #10, #16]
- **Liberalisierung der Staatsbürgerschaft und Wahlrecht für Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft:** Um die politische Partizipation zu fördern bzw. zu ermöglichen sollen Kinder, deren Eltern rechtmäßig und längerfristig in Österreich niedergelassen sind, die Staatsbürgerschaft per Geburt erhalten. Menschen, die zwar nicht die Staatsbürgerschaft besitzen, aber seit mindestens zehn Jahren ihren Hauptwohnsitz mit Lebensmittelpunkt in Österreich haben, sollen das Wahlrecht bekommen. [YG #3; SDG # 10, #16]
- **Öffentliches Eigentum stärken und Privatisierungsverbot:** Statt der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und kritischer Infrastruktur (z.B. Energieversorgung, Verkehr, Wohnraum) braucht es die Stärkung von öffentlichem Eigentum und mehr staatliche Beteiligung. Dazu sollte der Staat bspw. ein Vorkaufsrecht auf Anteile von sozial und ökologisch wichtigen Unternehmen erhalten.
- **Staatlicher Beteiligungsfonds:** In Zukunft sollen, vor allem in Krisensituationen, Haftungen und Garantien an Unternehmen nur gegen Unternehmensbeteiligungen vergeben werden. Dafür braucht es einen staatlichen Beteiligungsfonds, durch den Anteile an Unternehmen im Ausmaß von maximal 30 Prozent gekauft und nach zehn Jahren wieder verkauft werden können. Vorrangig sollen dadurch nachhaltige, soziale und ökologische EPU's und KMUs in Krisensituationen gerettet werden.



Bildung und Arbeitsmarkt

Die Coronakrise hat einmal mehr die großen Versäumnisse im Bildungssystem offen gelegt. Fakt ist, dass Bildung in Österreich von Generation zu Generation vererbt wird. Zu oft haben EntscheidungsträgerInnen politische Grabenkämpfe auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen, anstatt zukunftsorientierte Bildungspolitik zu betreiben. Deutlicher als je zuvor hat sich gezeigt: Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Bildungsgrad und weniger Einkommen haben schlechtere Chancen im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt. Während Homeschooling mit privaten Laptops für manche kein Problem darstellte, hatten viele Kinder und Jugendlichen in den letzten Monaten keinen ausreichenden Zugang zu Bildung. Ein fairer Zugang zu Bildung ist aber Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Chancengerechtigkeit. Deshalb muss qualitative Bildung allen gleichermaßen ermöglicht werden. Die Probleme, die sich im Bildungssystem auftun, setzen sich am Arbeitsmarkt fort. Vor allem in Krisen sind Jugendliche oft die ersten, die entlassen werden und Schwierigkeiten haben, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Wir wollen eine Gesellschaft für alle, nicht nur für die, die sich Privatschulen leisten können.

Die BJV fordert:

- **Rasche und konsequente, bundesweite Umsetzung des Chancen- und Entwicklungsindex zur Schulfinanzierung**, wie im Regierungsprogramm² angekündigt. **Außerdem soll die psychosoziale Unterstützung an Schulen ausgebaut werden:** Mind. 1 SchulsozialarbeiterIn für jeden Schulstandort und mind. 1 SchulpsychologIn pro 1000 SchülerInnen. Zusätzlich Ausbau der nachgehenden Sozialen Arbeit. [YG #5, #8; SDG #3, #4]
- **Garantierte, ganztägige, kostenfreie Elementarbildung ab dem ersten Geburtstag in ganz Österreich und österreichweiter Ausbau der kostenfreien Ganztagschule** (wie z.B. in Wien). [YG #8, SDG #4]
- **Modernisierung und Digitalisierung im gesamten Bildungsbereich:** Allen SchülerInnen ab Sekundarstufe 1 und Lehrlingen sollen leihweise Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich soll eine Bildungscloud mit allen relevanten und einheitlichen Programmen für den Unterricht geschaffen werden, auf die sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen kostenlos zugreifen können. Im gesamten Bildungsbereich braucht es bundesweit einheitliche Mindeststandards und einen fairen Zugang zur digitalen Lehre und zu Prüfungen. Zudem bedarf es der Schaffung neuer Lehrberufe im ökologischen, sozialen und digitalen Bereich. [YG #8, SDG #4]

² siehe Regierungsprogramm 2020-2024, S. 236



- **Gezielte Maßnahmen für Jugendbeschäftigung und gegen Jugendarbeitslosigkeit:** Erhöhung der Finanzmittel für die überbetriebliche Lehrausbildung (ÜBA) und Aufstockung der überbetrieblichen Lehrstellen, Weiterentwicklung der AusBildung bis 18 und Einbeziehung junger AsylwerberInnen. Aufstockung der Ausbildungsplätze im staatlichen und staatsnahen Bereich und Schaffung eines Corona-Notausbildungsfonds. [YG #7; SDG #4, #8]
- **Rücknahme des AMS-Algorithmus:** Besonders für die derzeit herrschende Rekordarbeitslosigkeit ist die Einteilung von Arbeitssuchenden mittels Algorithmus kontraproduktiv. Arbeitssuchende dürfen grundsätzlich nicht mittels Algorithmus eingeteilt werden. Stattdessen müssen die AMS-Ressourcen so aufgestockt werden, dass individuelle, persönliche Einschätzung und Beratung möglich werden. [YG #2, #7; SDG #5, #8]
- **Eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung (auf 30-Stunden-Vollzeit) bei vollem Lohn- und Personalausgleich verknüpft mit einem Mindestlohn von 1.700,- €.** [YG #2, #7; SDG #5, #8]
- **Erhöhung der Ausgleichszulage und Anhebung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Netto-Bezuges, keine Herabstufung auf Notstandshilfe und keine Kürzungen bei längerem Bezug.** [SDG #8]



Verteilungsgerechtigkeit

Vermögen ist in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Weltweit und auch in Österreich geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Eine gerechte Gesellschaft ist jedoch nur möglich, wenn Wohlstand fair verteilt wird. Wir wollen eine Steuerpolitik, die umverteilt. Diese nützt sowohl dem individuellen Wohlstand als auch dem Gemeinwohl: Nur durch Steuern lassen sich Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Jugendarbeit, Umweltschutz, Straßen u.v.m. finanzieren. Es braucht nachhaltige Lösungen, die vor allem jungen Menschen in Österreich neue Perspektiven eröffnen und für eine gerechtere Verteilung der Chancen sorgen.

Wir wollen eine Gesellschaft für alle, nicht nur für die, die ihr Geld in Steueroasen parken.

Die BJV fordert:

- **Inflationsanpassung der Bundesjugendförderung:** Seit der Einführung des Bundes-Jugendförderungsgesetzes im Jahr 2001 sind die Beträge der Basisförderung für Jugendorganisationen unverändert geblieben, was einem realen Wertverlust von fast 40 Prozent entspricht. Gerade in der Corona-Krise zeigt sich der hohe Wert der Arbeit von Kinder- und Jugendorganisationen. Das muss sich endlich auch im Finanziellen abbilden. [YG # 11]
- **Durchführung einer Kinderkostenstudie**, z.B. im Rahmen der im Regierungsprogramm³ angekündigten Zeitverwendungsstudie: Die derzeit herangezogenen Zahlen stammen aus einer Erhebung aus dem Jahr 1964. [YG #3; SDG #1]
- **Rasche Umsetzung einer Reform des Unterhaltssystems, das sich am Wohl der Kinder orientiert:** Garantierter Mindestunterhalt in ausreichender Höhe. Neuberechnung auf Basis einer aktualisierten Kinderkostenstudie. **Ausweitung des Unterhaltsvorschusses⁴**, insbesondere Koppelung der Anspruchslaufzeit des Unterhaltsvorschusses an die Familienbeihilfe anstelle der Minderjährigkeit. [YG #3; SDG #1, #5]
- **Einführung einer bundesweit einheitlichen universellen, einkommensabhängigen Kindergrundsicherung:** Damit wird soziale Sicherheit ermöglicht und Kinderarmut effektiv bekämpft. [YG #3, SDG #1]
- **Wirksames Aufstocken des Budgets für Frauenthemen in Bund und Ländern:** Verdoppelung des Budgets der Frauensektion im Bundesministerium für Frauen und Integration, um unterstützende Maßnahmen für Frauen abzusichern. Frauen sind von der Corona-Krise deutlich stärker betroffen, was sich häufig auch auf Kinder und Jugendliche massiv auswirkt. [YG #2, SDG #5]

³ siehe Regierungsprogramm 2020-2024, S. 274

⁴ siehe Regierungsprogramm 2020-2024, S. 284

- **Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer:** 82 Prozent⁵ des weltweiten Vermögenswachstums gehen an das reichste Prozent der Bevölkerung. Die Organisation Femme Fiscale⁶ rechnet vor, dass allein die Erhöhung des Anteils von vermögensbezogenen Steuern am Bruttoinlandsprodukt auf OECD-Durchschnitt rund sechs Milliarden Euro jährlich einbringen würde. [SDG #10]
- **Körperschaftssteuer (KöSt) progressiv gestalten und Finanztransaktionssteuer einführen:** Eine progressive KöSt-Reform sieht drei Steuerstufen mit jeweils 22, 25 und 34 Prozent je nach Gewinnhöhe vor. Die Einnahmen der KöSt würden sich dadurch um rund 2,4 Milliarden Euro erhöhen. Nach diesem Modell soll auch die Kapitalertragsteuer (KESt) reformiert werden, um auch Gewinnausschüttungen, Dividenden oder Zinsen – genauso wie Erwerbseinkommen – progressiv zu besteuern.
- **Modernes Mietrecht und Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Wohnkosten:** Wir wollen ein modernes Mietrecht mit klaren und nachvollziehbaren Mietzinsobergrenzen. Es braucht zusätzlich einen flächendeckenden Ausbau staatlichen Wohnbaus (bei Umwidmungen ab einer gewissen Größe müssen in Zukunft mindestens 20 % für den sozialen Wohnbau zweckgewidmet werden). Außerdem fordern wir ein Startwohnungsgesetz für junge Menschen (nach dem „5x5-Modell“), eine Zweckwidmung der Wohnbauförderung (20 % sollen für junges Wohnen reserviert sein), eine Leerstandsabgabe und einen Bauzwang für als Bauland gewidmete Grundstücke (innerhalb von fünf Jahren ab Widmung zum Bauland).
- **Gebührentlastung für junges Wohnen:** Befreiung von der Grunderwerbssteuer und der Grundbuchgebühr beim ersten Eigenheim, um Jungfamilien den Erwerb von Baugründen zu erleichtern. Außerdem bedarf es einer Abschaffung der Mietvertragsgebühren und in Zukunft sollen die Kosten der MaklerInnenprovision durch VerkäuferIn oder VermieterIn getragen werden.

⁵ <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2018-01-22-82-prozent-weltweiten-vermoegenswachstums-geht-reichste-prozent>

⁶ https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/kampagnen/Corona/Feministisches_Konjunkturpaket_FINAL.pdf

Klima

Für die Klimakrise ist vor allem unser Wirtschaftssystem verantwortlich. Alltagsprodukte legen tausende Kilometer zurück, bevor sie bei uns im Geschäft landen. Dennoch machen Konzerne dadurch immer noch mehr Profit als bei lokaler Produktion. Bei der Bewältigung der Klimakrise geht es vor allem auch darum, die Verantwortung nicht ins Individuelle abzuschieben und einen Fokus auf soziale Gerechtigkeit zu legen. Jene, die mit ihrem großspurigen Lebensstil das Klima stärker schädigen, tun dies auf Kosten derer, die sich einen solchen Lebensstil nicht leisten können. Die Auswirkungen der Klimakrise (bspw. gesundheitlich, ökonomisch) sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Daher muss Klimapolitik darauf achten, dass Maßnahmen immer von einem sozialen Ausgleich begleitet werden und klimafreundliche Alternativen für alle leistbar sind.

Wir wollen eine Gesellschaft für alle, nicht nur für die, die sich Elektroautos leisten können.

Die BJV fordert:

- **Öko-soziale Steuerreform:** Das heißt z.B. zusätzliche Besteuerung nicht erneuerbarer Ressourcen, Entlastung des Faktors Arbeit, Einführung einer zukunftsfähigen und sozial gerechten Klimasteuer auf Treibhausgasen, bei der eine jährliche Anhebung vorgesehen sein muss. Auszahlung eines fairen Klimabonus, um die Bevölkerung zu entlasten. Eine Klimamilliarde für jedes Jahr, nicht nur für die Jahre 2021 und 2022. Nur so gibt es eine Chance darauf, die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. [YG #10; SDG #1, #2, #3, #7, #8, #9, #11, #12, #13]
- **Abbau von umweltschädlichen Subventionen,** insbesondere EU-weite und globale Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung [YG #10; SDG #12, #13, #14, #15]
- **Leistbare, umwelt- und gesundheitsfreundliche Mobilität:** Gratisticket für alle jungen Menschen (unter 30 Jahren und in Ausbildung) für alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Österreich. Ausbau der Infrastruktur für RadfahrerInnen und FußgängerInnen; Ausbau der Angebote im öffentlichen Verkehr gezielt für Jugendliche (z.B. Nachtbusse, dichtere Taktung) und insbesondere im ländlichen Raum. Investitionen in Forschung, Förderung und Entwicklung zukunftsfähiger Technologien und unterstützender Initiativen, um den Anteil an emissionsarmen und gemeinschaftlich genutzten Fahrzeugen zu steigern. [YG #6, #10; SDG #11, #13]
- **Umstellung der Ernährung in Richtung regionaler und saisonaler Lebensmittel mit geringem ökologischen Fußabdruck,** vor allem auch bei öffentlichen Einrichtungen, Kantinen, Schulbuffets sowie Veranstaltungen. [YG #10; SDG #2, #12, #13]



- **Thermische Sanierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz** und Ausbau und Modernisierung von öffentlichen Gebäuden wie Pflegeheimen, Kindergärten, Schulen, Lehrlingswerkstätten und Universitäten. [YG #10, SDG #13]
- **Ausbau von konsumfreien Grün- und Freiräumen für alle Kinder und Jugendlichen** insbesondere im urbanen Raum: Öffentliche Orte so umgestalten, dass Nutzung für junge Menschen attraktiv wird, bspw. Ausbau von Spielplätzen, Sportanlagen, Parkanlagen und Grünanlagen bei Wohnsiedlungen etc.



Gesundheit

Nicht nur in Krisenzeiten brauchen wir ein Gesundheitssystem, das besonders gut auf Kinder und Jugendliche schaut. Neben dem Ausbau von Angeboten muss es auch darum gehen, Berufsgruppen durch bessere Rahmenbedingungen und höhere Löhne zu entlasten. Damit erfahren auch die Familien derer, die im Sozial- und Gesundheitsbereich tätig sind, mehr Gerechtigkeit.

Wir wollen eine Gesellschaft für alle, nicht nur für jene, die sich eine Zusatzversicherung leisten können.

Die BJV fordert:

- **Schaffung neuer Versorgungsangebote** für die ganze Familie **im Gesundheitsbereich**, dazu zählen auch präventive Maßnahmen und familienentlastende kostenlose Beratungs- und Behandlungsangebote. Nicht immer reicht die Behandlung der Beschwerden von Kindern aus. Oft müssen ihre Familien zur Lösung eines Problems mitbehandelt werden. Diese Behandlungen werden aber nicht von den Sozialversicherungsträgern gezahlt, da Kinder die sogenannten IndexpatientInnen (PatientInnen mit Beschwerden) sind. [YG, #3, #5, #7; SDG #3]
- **Zugang zu medizinischen Leistungen** speziell für Kinder sowie Angebote der Kinder- und Jugendhilfe **bis zum 26. Lebensjahr**, wenn notwendig. [YG #5, SDG #3]
- **Anerkennung der Wichtigkeit von Berufsgruppen im Kinder- und Jugendgesundheitsbereich** durch beste Ausbildung, verbesserte Bezahlung und qualitätssichernde Maßnahmen. Dies betrifft KinderkrankenpflegerInnen, SchulärztInnen, aber auch KindergartenpädagogInnen, FreizeitpädagogInnen, LehrerInnen, KinderfachärztInnen uvm. [YG #5, SDG #3]
- **Volle Kostenübernahme durch alle Krankenkassen und ausreichende Kapazitäten für Psychotherapie, Kinderpsychologie und funktionelle Therapien** wie im Regierungsprogramm⁷ vorgesehen. [YG #5, SDG #3]
- **Flächendeckendes Pflegepaket**: Darin inkludiert sind der Aufbau und Ausbau von staatlichen regionalen Pflege- und Betreuungseinrichtungen, eine staatliche Pflegegarantie (d.h. der Staat übernimmt alle Kosten für mobile Pflege oder die Pflege im Pflegeheim), ein Rechtsanspruch auf Pflegekarenz bzw. -teilzeit, eine Valorisierung des Pflegegeldes, gezielte Umschulungsmaßnahmen und bessere Arbeitsbedingungen sowie Lohnerhöhungen für das Pflegepersonal. Darüber hinaus braucht es Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger und pflegender Kinder sowie mehr mobile Kinderkrankenpflege. [SDG #3]

⁷ siehe Regierungsprogramm 2020-2024, S. 238

- **Nein zur 2-Klassen oder sogar 3-Klassen-Medizin:** Attraktive Rahmenbedingungen für niedergelassene ÄrztInnen, mehr KassenärztInnen im Kinder- und Jugendbereich und kürzere Wartezeiten, Prävention und Rehabilitation: erleichterter Zugang zu präventiven Gesundheitsmaßnahmen wie Kuren, bessere räumliche Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen (Ausbau Primärversorgungszentren), gleiche Behandlung und gleiche Therapien, Schließen der Lücken für Menschen ohne Krankenversicherung. [YG #5, SDG #3]



Mehr zu den Youth Goals unter: www.jugenddialog.at



#1 Die EU mit der Jugend zusammenbringen



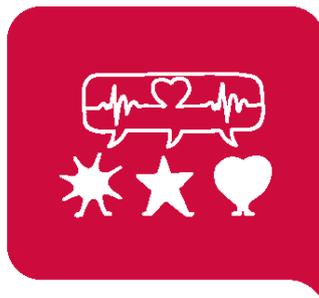
#2 Gleichberechtigung aller Geschlechter



#3 Inklusive Gesellschaften



#4 Information und konstruktiver Dialog



#5 Psychische Gesundheit und Wohlbefinden



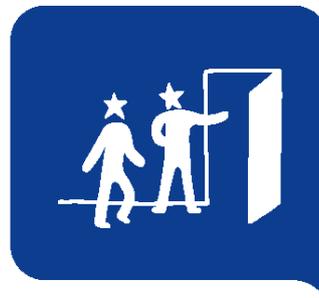
#6 Jugend im ländlichen Raum voranbringen



#7 Gute Arbeit für alle



#8 Gutes Lernen



#9 Räume und Beteiligung für alle



#10 Ein nachhaltiges, grünes Europa



#11 Jugendorganisationen & europ. Jugendprogramme



www.jugenddialog.at



Mehr zu den SDGs unter: sdgs.un.org

